

Hauptaufgabe der Gesellschaft allein, sondern vor allem auch der Parteiorganisationen. Die 4. Tagung des Zentralkomitees der SED legte dar, daß im weiteren Verlaufe der sozialistischen Entwicklung die Rolle der sozialistischen Ideologie zunimmt. Deshalb heißt es auch im Brief des Genossen Walter Ulbricht an die Grundorganisationen: „Wir müssen ideologisch streitbar sein. Alle Parteimitglieder sollen einbezogen werden in die ständige umfassende Offensive gegen die imperialistische Ideologie.“

Gegenwärtig ist der Gegner vor allem bestrebt, mit Hilfe des ideologischen Kampfes, der psychologischen Kriegführung die Entwicklung des Sozialismus in der DDR zu stören. Für das staatsmonopolistische Herrschaftsregime in Westdeutschland ist der Antikommunismus und Antisowjetismus ein Prinzip, das für die deutschen Imperialisten seit Bestehen der Sowjetmacht gilt.

In unserer Deutschen Demokratischen Republik war es von Anfang an eines der staatstragenden Prinzipien, enge brüderliche Beziehungen zur Sowjetunion herzustellen. Dieses Prinzip der Freundschaft und der allseitigen Zusammenarbeit mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Staaten, entsprechend den Prinzipien des sozialistischen Internationalismus, ist in der neuen sozialistischen Verfassung fixiert.

In den Jahreshauptversammlungen unserer Grundeinheiten, den Kreis- und Bezirksdelegiertenkonferenzen gilt es, mit Hilfe unserer Genossen weiter zu erklären, daß die enge Freundschaft zur Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten reale Basis hat, weil das werktätige Volk in unserer Republik die

gesamte politische und die gesamte ökonomische Macht ausübt und damit die Grundvoraussetzung zur Freundschaft unserer Deutschen Demokratischen Republik und den anderen sozialistischen Staaten geschaffen wurde. In unserer Verfassung werden die Kräfte, die bei uns die Macht ausüben und deren Klassenziele beim Namen genannt. Das Grundgesetz des Bonner Staates dagegen kann die wirklichen Machthaber und deren Klassenziele nicht beim Namen nennen. Die westdeutsche Verfassungswirklichkeit steht im Zeichen des Antikommunismus, des Antisowjetismus, des Nationalismus und des Revanchismus. Die Machthaber der Bundesrepublik fürchten die Verbreitung der Wahrheit über die Kernfrage jeder Verfassung, die Frage nach der Macht. Es ist eine Grundaufgabe der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, gegen alle Erscheinungsformen des Antikommunismus und der Renazifizierung zu kämpfen und aktiv an der Klassenauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus teilzunehmen.

In den Jahreshauptversammlungen, Kreis- und Bezirksdelegiertenkonferenzen müssen daher die politisch-ideologischen Grundfragen im Mittelpunkt der Referate, der Diskussion und der Beschlußfassung stehen. Der Zentralvorstand hat die Bezirks- und Kreisvorstände unserer Gesellschaft beauftragt, ihren Beitrag für den Perspektivplan der politisch-ideologischen Arbeit der Bezirks- bzw. Kreisleitungen auf diesen Konferenzen zu bestimmen, um so unserer Verantwortung noch besser gerecht zu werden, aktiv bei der Vorbereitung des 20. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik mitzuwirken und einen würdigen Beitrag bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus zu leisten.

Eine Form der Solidarität für das kämpfende Volk in Vietnam ist die Ausbildung junger Vietnamesinnen zu Facharbeitern, wie unser Bild aus dem VEB Kabelwerk Oberspree Berlin zeigt.

Foto: ZB/Brüggmann

